

Zeitschrift: Hebamme.ch = Sage-femme.ch = Levatrice.ch = Spendrera.ch
Herausgeber: Schweizerischer Hebammenverband
Band: 109 (2011)
Heft: 12

Rubrik: Aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

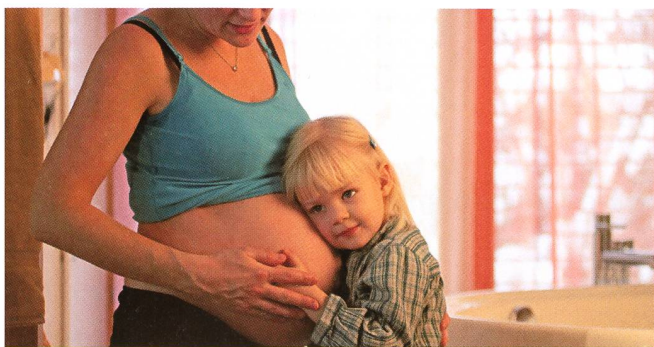
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Hebamme.ch – die Themen 2012

1	Januar	Schwangerschaft und Infektionen
2	Februar	Kinder- und Jugendgynäkologie
3	März	Implantation/Leihmütter
4	April	Recht und Geburt
5	Mai	Perinatale Gesundheit/Ernährung während der Schwangerschaft
6	Juni	Die Zukunft des Hebammenberufs
7/8	Juli/August	SHV-Jahreskongress in Schwyz
9	September	Patientinnenkontrollierte Analgesie
10	Oktober	Hebammenversorgung/Gesundheit von Migrantinnen
11	November	Hebammenforschung
12	Dezember	Zwillinge

EKF fordert bezahlte Elternzeit für Mütter und Väter

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF) fordert Bundesrat und Parlament auf, eine gesetzlich geregelte bezahlte Elternzeit zu schaffen. In einem Positionspapier begrüsst sie den aktuellen Vorstoss der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) zur Schaffung einer Elternzeit in der Schweiz.

Das Modell der EKFF sieht für die Elternzeit eine maximale Bezugsdauer von 24 Wochen vor. Je vier Wochen davon entsprechen einem individuellen Anspruch von Mutter oder Vater und können nur von dieser Person bezogen werden. Die EKF betrachtet eine Bezugsdauer von 24 Wochen als (absolutes) Minimum. Aus gleich-

stellungspolitischer Sicht ist es wichtig, dass diese 24 Wochen Elternzeit je hälftig von Mutter und Vater bezogen werden. Im Unterschied zum Vorschlag der EKFF hält es die EKF für notwendig, einen paritätischen Anspruch der Eltern vorzuschreiben. Wie die Erfahrungen mit den verschiedenen Elternurlaubsregelungen in anderen Ländern zeigen, braucht es einen verbindlichen Anspruch und einen starken Anreiz, damit sich Väter tatsächlich stärker an der Kinderbetreuung beteiligen und die Arbeitgeber bereit sind, (auch) ihren männlichen Mitarbeitern Elternurlaub zu gewähren.

Das Positionspapier der EKF ist zu finden unter: www.frauenkommission.ch

Gesundheitspolitische Prioritäten des Bundesrates

Unter dem Titel «Optimal vorsorgen und optimal versorgen zu tragbaren Kosten» soll das Potenzial des schweizerischen Gesundheitssystems noch besser ausgeschöpft werden. Ziel ist, die Qualität, aber auch die Transparenz weiter zu erhöhen, sowie die Effizienz zu steigern und somit auch die Kosten zu dämpfen. Deshalb setzt der Bundesrat in der Ge-

sundheitspolitik seine Prioritäten wie folgt: Er will erstens die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung verstärken. Zweitens hat er kurzfristige Sparmassnahmen eingeleitet und drittens will er das Gesundheitssystem mittel- und langfristig reformieren.

Weitere Informationen unter: www.bag.admin.ch > aktuell

Schweizer Engagement für die Menschenrechte

Das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte wurde auf Initiative des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) gegründet, ist ein Dienstleistungszentrum und ist seit April dieses Jahres operativ tätig. Es soll den Prozess

der Umsetzung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen der Schweiz auf allen Stufen unseres Staatswesens fördern und erleichtern. Das SKMR verfügt über ausgewiesene Menschenrechtskompetenzen, v.a. in den sechs Bereichen Migration, Polizei und Justiz, Geschlechterpolitik, Kinder- und Jugendpolitik, insti-

tionelle Fragen und Wirtschaft und Menschenrechte. Das SKMR trägt mit Studien, Tagungen, Informationsarbeit und Ausbildung praxisorientiert zur Stärkung der Kompetenzen von Behörden aller Stufen, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft im Bereich des Schutzes und der Förderung der Menschenrechte in der

Schweiz bei und fördert die öffentliche Diskussion über Menschenrechte.

Das SKMR bearbeitet Aufträge der öffentlichen Hand, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Weitere Informationen unter: www.skmr.ch

Kantone konzentrieren hochspezialisierte Kindermedizin

Das Beschlussorgan der GDK, bestehend aus den Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren von 10 Kantonen, hat wichtige Entscheide zur Konzentration der hochspezialisierten Medizin gefällt. In sieben Bereichen der Kindermedizin und Kinderchirurgie wurden wichtige Meilensteine gesetzt. Damit haben die Kantone ihren Willen zur Konzentration der Spitzenmedizin erneut deutlich zum Ausdruck gebracht. Zudem unterstützen sie die bereits von den Kinderärztinnen und -ärzten initiierte Schaffung von wenigen Kompetenzzentren in unserem Land.

Eine optimale Versorgung von extremen Frühgeborenen

In der Schweiz benötigen jährlich rund 800 Frühgeborene eine hochspezialisierte intensivmedizinische Betreuung. Insbesondere die Versorgung von extremen Frühgeborenen, d.h. von Frühchen, welche vor der 28. Schwangerschaftswoche geboren werden, stellt höchste Ansprüche an Ärzte und Pflegenden.

Die Behandlung und Pflege dieser Risikopatienten soll zukünftig auf neun Perinatalzentren konzentriert werden. Es sind dies die Perinatalzentren der Universitätsspitäler Genf, Lausanne, Bern und Zürich sowie der universitären Kinderspitäler beider Basel (UKBB) und Zürich als auch der Kantonsspitäler Luzern, Aarau, Chur und St. Gallen (gemeinsam mit dem Ostschweizer Kinderspital). Diese Neonatologien der höchsten Versorgungstufe verfügen über die notwendige Erfahrung und Infrastruktur, um die optimale Betreuung dieser Neugeborenen zu gewährleisten und ihnen dadurch einen optimalen Start ins Leben zu ermöglichen.

Weitere Informationen unter:
www.gdk-cds.ch > Aktuelles > Medienmitteilungen

Bericht von OECD und WHO über das schweizerische Gesundheitssystem

Der diesjährige Bericht ist der zweite nach dem Jahr 2006. Er ist sowohl eine Aktualisierung als auch eine Vertiefung dreier wichtiger Themen: Die allgemeine Gouvernanz des Systems, die Krankenversicherung und das Gesundheitspersonal. Die OECD und die WHO sprechen eine Anzahl von Empfehlungen aus, die in der Zusammenfassung des Berichts enthalten sind.

Weitere Informationen unter:
www.bag.admin.ch > themen > internationales



Osteoporose ist eine Frauenkrankheit und nur Männer sterben an Herzinfarkten

Dies sind zwei weit verbreitete Irrtümer. Neu erschienen sind zwei Factsheets, die sich – fokussierend auf die Frau – mit Herz- und Knochengesundheit auseinandersetzen. Die Factsheets wurden im Auftrag der Teilnehmenden und ExpertInnen des Frauengesundheitsgipfels 2010 zusammengestellt. Der Frauengesundheitsgipfel ist ein jährlich stattfindender Fachkongress rund um medizinische, gesellschaftliche und politische Aspekte der Frauengesundheit.

Sein Ziel ist es, möglichst viele Menschen für die Bedürfnisse der Frau in der Gesundheitsversorgung zu sensibilisieren.

Weitere Informationen unter:
www.womenshealth.ch

Gewerbliche Induktionskochherde: erhöhtes Risiko für schwangere Köchinnen

Eine gemeinsame Studie des Staatssekretariates für Wirtschaft SECO und des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zeigt, dass Köchinnen und Köche beim Arbeiten an gewerblichen Induktionskochherden Magnetfeldbelastungen ausgesetzt sind, die teil-

weise über dem aktuellen Grenzwert liegen.

Besonderes Augenmerk hat die Studie auf schwangere Köchinnen gerichtet. Ihre Belastung wurde mit dem strengeren Grenzwert für die Allgemeinbevölkerung verglichen, da nebst der Köchin auch das

ungeborene Kind zu schützen sind. Die Studie untersuchte allfällige Grenzwertüberschreitungen bei der Mutter und beim ungeborenen Kind im dritten, siebten und neunten Monat. Dabei zeigte sich, dass sowohl bei der Mutter wie auch beim ungeborenen Kind im

siebten und neunten Monat teilweise beträchtliche Grenzwertüberschreitungen auftreten.

Weitere Informationen unter:
www.bag.admin.ch > dokumentation > medieninformationen